

Ressort: Auto/Motor

Regierung will "Industriepartnerschaft" mit Autobranche prüfen

Berlin, 31.12.2018, 00:00 Uhr

GDN - Die Bundesregierung hat zurückhaltend auf den Vorschlag der SPD-Vorsitzenden Andrea Nahles reagiert, eine "Industriepartnerschaft" mit der Automobilbranche ins Leben zu rufen. Die Automobilindustrie stehe vor großen Herausforderungen, nicht zuletzt aufgrund der Notwendigkeit der Entwicklung neuer Technologien, sagte ein Regierungssprecher der "Welt" (Montagsausgabe).

Deshalb habe die Bundesregierung bereits die Nationale Plattform Mobilität der Zukunft unter Federführung des Bundesverkehrsministeriums eingerichtet. "Ob es weiterer Institutionalisierung bedarf, wird zu prüfen sein", sagte der Sprecher. Nahles hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in einem Brief kurz vor Weihnachten aufgefordert, eine neue "Industriepartnerschaft Automobilindustrie 2030" auf höchster politischer Ebene auf den Weg zu bringen. Die SPD-Chefin schlägt einen kontinuierlichen Dialog der Regierung mit der Industrie über die Transformation der Branche vor. In dem Schreiben heißt es laut der "Welt", es sei erforderlich, "einen geschützten und vertrauensvollen Ort zu schaffen, an dem eine gemeinsame Sichtweise auf die vielen anstehenden Fragen hergestellt werden kann". FDP-Verkehrsexperte Oliver Luksic kritisierte den Vorstoß als unglaublich. "Erst besteht SPD-Umweltministerin Svenja Schulze auf planwirtschaftliche CO2-Forderungen in der EU und damit auf ein Verbot des Verbrennungsmotors durch die Brüsseler Hintertür", sagte Luksic der "Welt". Und dann merke Nahles, "wie sehr damit die Automobilindustrie als Rückgrat der Wirtschaft in den nächsten Jahren geschädigt wird". Der massive Verlust von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung lasse sich jedenfalls nicht wegmoderieren, so Luksic: "Die SPD sollte besser dauerhaft im Dialog mit Gewerkschaften und Wirtschaft sein. Wer montags bis samstags nichts gegen Dieselfahrverbote tut und den Verbrennungsmotor wegreguliert, der sollte keine Sonntagsreden zur Industriepolitik halten."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-117719/regierung-will-industriepartnerschaft-mit-autobranche-pruefen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619